



Protokollauszug

aus der
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Landeshauptstadt Potsdam
vom 10.10.2001

öffentlich

**Top 6.12 Mobilfunkantennen
01/SVV/0643
vertagt**

Gemäß dem Antrag des Stadtverordneten Krause namens der Fraktion PDS sind folgende Redebeiträge wörtlich in die Niederschrift aufzunehmen:

Die wörtliche Wiedergabe der Redebeiträge ist als Anlage beigefügt.

Beschlusstext:

Die StVV möge beschließen:

Der OBM wird beauftragt, auf der Grundlage der Forderungen der Bürgerinitiative "Schutz vor Mobilfunkantennen Babelsberg" auf eine Vereinbarung zwischen der Stadt Potsdam und den Mobilfunkbetreibern in Potsdam über die koordinierte Errichtung von UMTS-Sendeanlagen, die dem Gesundheitsschutz höchste Priorität einräumt, hinzuwirken. Insbesondere ist zu vereinbaren:

- Unterlassung der Anbringung von Mobilfunkantennen auf Wohngebäuden und Gebäuden, in denen sich überwiegend Kinder und Jugendliche aufhalten,
- gemeinsame Errichtung und Unterhaltung von Antennenmasten durch die Betreiber an un- oder sehr gering besiedelten Standorten unter Verwendung der eingesparten Mittel für Maßnahmen des Gesundheitsschutzes im Hinblick auf Sendeanlagen
- Regelmäßige Messungen und Veröffentlichung der Messergebnisse zum Umfang der Emissionen und zu deren Auswirkungen mit Gesundheitsbeeinträchtigungen bzw. -schädigungen

Ein erster Zwischenbericht ist der StVV zum 10. Oktober 2001 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: